

**Pressekonferenz des "Netzwerks für eine gerechte Rente" zum
Ersten Monitoring-Bericht**

Rente mit 67 - Die Voraussetzungen stimmen nicht!

am 11. Dezember 2008 in der Bundespressekonferenz

Statement von Prof. Dr. Gunnar Winkler, Präsident der Volkssolidarität

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit der heutigen Präsentation des ersten Monitoring-Berichts zur Rente mit 67 setzen wir eine Anregung der Volkssolidarität um, die im Sommer 2007 - gemeinsam mit dem DGB, dem SoVD und weiteren Partnern – zu dieser Initiative des Netzwerk für eine gerechte Rente führte.

Wir waren und sind uns nicht nur einig in der Ablehnung der Rente mit 67. In dieser Position stimmen wir mit der Mehrheit der Bevölkerung überein. Unser Haupteinwand, dass für eine große Anzahl von Älteren eine Verschlechterung eintritt, weil sie auf Grund der Arbeitsmarktlage oder aus gesundheitlichen Gründen sowie den inzwischen wirkenden Rentenreformmaßnahmen zu deutlich ungünstigeren Konditionen in die Rente kommen, ist bisher nicht entkräftet.

Wir haben immer gesagt: Wir wollen dennoch ernsthaft prüfen, ob es für die Umsetzung dieses Gesetzes überhaupt Voraussetzungen gibt. Damit beziehen wir uns natürlich zuerst auf die im Gesetz enthaltene "Prüfklausel", mit der 2010 und dann alle vier Jahre zu prüfen ist, ob die vorgesehene Anhebung der Altersgrenzen ab 2012 tatsächlich in der vorgesehenen Weise umgesetzt werden kann.

Es geht aber nicht nur um ein formales Prüfverfahren, sondern um eine gesellschaftliche Auseinandersetzung darüber, was für ältere Beschäftigte sozial zumutbar und verantwortbar ist. Es muss alles dafür getan werden, damit die Rente mit 67 eben nicht für einen Großteil der Älteren zu einer nachhaltigen Verschlechterung ihrer Lebensqualität führt.

Wir setzen uns für Bedingungen ein, damit Menschen gesund bis zur Rente arbeiten können und nicht in Altersarmut landen. Das heißt aber auch, für jene Älteren menschenwürdige Bedingungen für den Übergang ins Alter zu sichern, die aus gesundheitlichen Gründen oder wegen fehlender Arbeitsplätze gar nicht die Chance haben, aus der Erwerbstätigkeit in die Rente zu kommen.

Ich sage das vor dem Hintergrund, dass wir zwar - wie auch im Bericht nachzulesen - einen Anstieg der Beschäftigungsquote Älterer zu verzeichnen haben, aber am Ende eines konjunkturellen Aufschwungs und am Beginn einer Rezession stehen.

Ohne hier den Teufel an die Wand malen zu wollen – zu den "schlechten Nachrichten", die die Bundeskanzlerin für 2009 voraussagt, könnte auch gehören, dass wieder mehr Ältere in Arbeitslosigkeit kommen; erfahrungsgemäß mit nur geringen Chancen, wieder auf dem ersten Arbeitsmarkt eine versicherungspflichtige Beschäftigung zu finden und mit noch geringeren Chancen, den bisherigen sozialen Status zu erhalten bzw. wiederzuerlangen.

Sicher – nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit – waren im März 2008 in der Altersgruppe der 55-Jährigen und Älteren im Vergleich zum Vorjahr über 200.000 versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mehr zu verzeichnen. Das ist zu begrüßen. Der Monitoring-Bericht zeigt aber, dass Erfolge bei der Beschäftigung Älterer bei näherer Betrachtung oft überzeichnet sind. Dafür sprechen der Anstieg der Teilzeitquote auch bei Älteren sowie zunehmend prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Gleichzeitig wird im Bericht ebenfalls deutlich, dass das Ausmaß der Arbeitslosigkeit Älterer statistisch geschönt ist. So fallen z.B. im November d.J. immer noch 148.000 über 58-Jährige aus der Statistik, die die bis Ende 2007 geltende Regelung nach dem § 428 des SGB III in Anspruch nehmen.

Und es ist auch nicht zu beschönigen, dass der Anteil der Arbeitslosen in der Altersgruppe über 50 an der Gesamtzahl der Arbeitslosen sich kaum verändert hat und aktuell bei über 27 Prozent liegt. Beunruhigend ist ferner, dass die absolute Anzahl der Arbeitslosen in der Altersgruppe der über 55-Jährigen auch absolut wieder ansteigt. Die Älteren über 55 sind die einzige Gruppe, in der es im November 2008 auch in absoluten Zahlen gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat einen Zuwachs an Arbeitslosen gab (431.206 insgesamt, d.h. 16.796 mehr als im November 2007).

Schlechter als in der gesamtdeutschen Statistik der Bundesagentur für Arbeit fallen nur noch die Werte für Ostdeutschland aus. Hier sind über 29 Prozent der Arbeitslosen 50 und älter, also fast jeder Dritte. Und auch hier ist bei den über 55-Jährigen im Vergleich zum Vorjahr ein Zuwachs festzustellen.

Besonders alarmierend ist für uns, dass in Ost wie West generell in der Altersgruppe der 55-Jährigen und Älteren die Anzahl derer wieder zunimmt, die Grundsicherungsleistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (also Hartz IV) beziehen müssen, während diese Zahlen in den anderen Altersgruppen rückläufig sind. Hier ist im Regelfall Altersarmut vorprogrammiert.

Die Bundesregierung hat zwar manches auf den Weg gebracht, um die Beschäftigung Älterer voranzubringen - vornehmlich wegen des gesellschaftlichen Drucks gegen die Rente mit 67. Aber einige durchaus begrüßenswerte Ansätze sind kaum vorangekommen.

Vor allem brauchen wir deutlich mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für Ältere im ersten Arbeitsmarkt. Dazu bedarf es einer entsprechenden Marktnachfrage, für die Finanz- und Wirtschaftspolitik entsprechende Rahmenbedingungen schaffen muss. Deshalb wäre es vernünftig, mit einem echten Konjunkturprogramm die Nachfrage anzukurbeln, Arbeitsplätze zu sichern und auszubauen. Davon müssen auch ältere Arbeitnehmer profitieren.

Solange auf dem ersten Arbeitsmarkt keine ausreichende Nachfrage existiert und sich eine grundlegende Änderung auch nicht abzeichnet, muss zumindest in den Regionen, in denen eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist, zusätzlich versicherungspflichtige Beschäftigung im Rahmen eines zweiten Arbeitsmarktes ermöglicht werden. Auch für ältere Langzeitarbeitslose muss es andere Wege geben als nur den des Bezuges von Arbeitslosengeld II und die eventuelle Aufbesserung durch "Ein-Euro-Jobs". Dies gilt insbesondere für die neuen Länder (einschließlich Berlin), aber auch für viele Regionen in den alten Ländern. Gerade Ältere, die nicht wegen eigener Vermittlungshemmnisse auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chance haben, sondern wegen fehlender Angebote, brauchen dringend solche Hilfen als "Brücken" in die Rente.

Oft wird verkannt, dass neben der Rente mit 67 weitere Veränderungen den Druck auf Ältere drastisch erhöhen, ihre Arbeitskraft anzubieten. Dazu gehören

- die Anhebung der Altersgrenzen für den vorgezogenen Rentenbeginn und der Wegfall der "Altersrenten für Frauen" bzw. der "Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit/Altersteilzeit" für die Geburtenjahrgänge ab 1952,
- das Auslaufen der geförderten Altersteilzeit,

- die Verkürzung der Anspruchsdauer für das Arbeitslosengeld I,
- die Regelung, nach der Bezieher von Arbeitslosengeld II mit Vollendung des 63. Lebensjahrs gegen ihren Willen mit Abschlägen verrentet werden können.

Damit sind ältere Arbeitnehmer gezwungen, entweder bis zum Erreichen der regulären Altersgrenze, d.h. länger als heute, zu arbeiten oder aber mit deutlichen finanziellen Einbußen in Rente zu gehen, wenn sie keinen Job mehr haben oder es aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr schaffen. Das ist skandalös, wenn man sich die heutige Arbeitswelt anschaut. Es geht doch nicht nur um den Dachdecker und den Bauarbeiter, sondern auch um die Altenpflegerin, die Verkäuferin, die Kindergärtnerin und viele andere.

Für alle diese Gruppen brauchen wir flexible oder gleitende Übergänge in die Rente, ohne dass die Betroffenen nur deshalb in Altersarmut geraten, weil solche Übergänge mit hohen Rentenabschlägen verbunden sind.

Deshalb fordern wir, die geförderte Altersteilzeit nicht nur weiterzuführen, sondern auch unter Berücksichtigung der gesammelten Erfahrungen auszubauen. Dabei wäre es wichtig, dass insbesondere ältere Arbeitnehmer die geförderte Altersteilzeit nutzen können, die keine hohen Verdienste haben (und Einbußen kaum verkraften können) und sie aus gesundheitlichen Gründen tatsächlich benötigen würden.

Das Argument, die geförderte Altersteilzeit sei zu teuer, ist wahrlich schwach. Denn noch teurer sind die Arbeitslosigkeit junger Menschen, die keinen Einstieg in die Berufswelt finden, und die vorzeitige Berentung von gesundheitlich angeschlagenen Arbeitnehmern.

Unser Fazit lautet, dass gegenwärtig keine Bedingungen dafür absehbar sind, die Rente mit 67 einzuführen. Dieses Projekt geht in die falsche Richtung und muss daher vom Tisch - besser heute als morgen.